



Nr. 16

9. Mai 2025

Friedrichstraße 169
10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Personalie

[Ulrich Silberbach tritt als dbb Bundesvorsitzender zurück](#)

BfV stuft AfD als rechtsextremistisch ein

[dbb fordert Einzelfallprüfung](#)

Neues Ministerium für Digitales und Staatsmodernisierung

[dbb-Chef Silberbach: „Wir brauchen dringend eine Trendwende“](#)

Reformen im öffentlichen Dienst

[dbb jugend fordert Tempo von neuer Bundesregierung](#)

Fahrtüchtigkeit

[„Machen Sie Rückmeldefahrten!“](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Deutscher Philologenverband (DPhV)

[Stärkere Beteiligung des Bundes bei Finanzierung für den Digitalpakt 2.0 gefordert](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Zurückweisungen an der Grenze: 3.000 zusätzliche Tarifbeschäftigte nötig](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb

Personalie

Ulrich Silberbach tritt als dbb Bundesvorsitzender zurück

Ulrich Silberbach hat mit Wirkung zum 23. Juni 2025 aus gesundheitlichen Gründen seinen Rücktritt vom Amt des Bundesvorsitzenden des dbb beamtenbund und tarifunion erklärt.

Die Wahl eines Nachfolgers / einer Nachfolgerin soll an diesem Tag im Rahmen einer dbb Bundeshauptvorstandssitzung in Berlin stattfinden. Die Bundesleitung hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, Volker Geyer – bisher Stellvertretender dbb Bundesvorsitzender und

Fachvorstand Tarifpolitik – für den Posten des dbb Bundesvorsitzenden vorzuschlagen.

Ulrich Silberbach ist seit 2011 Mitglied der dbb Bundesleitung und seit 2017 Bundesvorsitzender des gewerkschaftlichen Dachverbands.

BfV stuft AfD als rechtsextremistisch ein dbb fordert Einzelfallprüfung

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat die ‚Alternative für Deutschland‘ als gesichert rechtsextremistische Bestrebung eingestuft. Die Veröffentlichung der Einstufung durch das BMI hat eine Debatte zu den Auswirkungen auf den öffentlichen Dienst und speziell auf dienstrechtliche Konsequenzen für Beamtinnen und Beamte mit AfD-Parteibuch ausgelöst.

Hierzu erklärte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 2. Mai 2025 gegenüber verschiedenen Medien: „Die Einstufung bedeutet nicht, dass Beamtinnen und Beamte, die Mitglied in dieser Partei sind, automatisch aus dem Dienst entlassen werden – jedenfalls solange das Bundesverfassungsgericht die Partei nicht verbietet. Vielmehr bedarf es hier im Falle eines konkreten Fehlverhaltens weiterhin einer Prüfung des Einzelfalls, und welche disziplinarrechtlichen Konsequenzen angezeigt sind. Für Bewerberinnen und Bewerber, die Mitglieder der AfD sind, ist eine Übernahme in das Beamtenverhältnis jedoch bereits jetzt deutlich unwahrscheinlicher geworden. Denn die Voraussetzung dafür ist ein dauerhaftes Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Ob dieses gegeben ist, dürfte gerade angesichts der zunehmenden Radikalisierung der AfD in den letzten Jahren nun durch die Dienstherrn zunehmend in Frage gestellt werden.“

Verschiedene dbb-Landesbünde haben die Entwicklung inzwischen ebenfalls kommentiert.

„Wer nicht für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einsteht, hat im öffentlichen Dienst nichts zu suchen. Wir müssen sicherstellen, dass das Vertrauen der Bevölkerung in den öffentlichen Dienst nicht beschädigt wird“, erklärte zum Beispiel Rainer Nachtigall, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) am 7. Mai „Aber einen Generalverdacht

lehnen wir ab.“ Ähnlich kommentierte den Vorgang auch Heini Schmitt, Landesvorsitzender des dbb Hessen: „Beamtinnen und Beamte, die nachweislich nicht auf dem Boden unseres Grundgesetzes stehen, haben im öffentlichen Dienst nichts verloren – das hat der dbb Hessen stets deutlich gemacht. Diesen Nachweis jedoch hat der Dienstherr nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen im jeweiligen Einzelfall zu führen und die Entfernung eines Beamten aus dem Dienst darf nur durch die Entscheidung eines Gerichts erfolgen.“

Ebenso Roland Staude, erster Vorsitzender des DBB Nordrhein-Westfalen: „Beamte und Tarifbeschäftigte müssen durch ihr individuelles Verhalten stets darlegen, dass sie sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen. Dazu gehören insbesondere die Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, der Minderheitenschutz, die Volkssouveränität, die staatliche Gewaltenteilung und die Unabhängigkeit der Justiz. Eine Prüfung der Verfassungstreue sollte daher im konkreten Zweifelsfall erfolgen.“ Fast gleichlautend Ulrich Stock, Vorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion sachsen-anhalt: „Unsere Beamtinnen und Beamten sowie Angestellten tragen eine besondere Verantwortung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Wer sich aktiv in einer als extremistisch eingestuften Partei engagiert, muss sich der Konsequenzen bewusst sein.“

Auch der dbb Schleswig-Holstein weist in einer Pressemitteilung darauf hin, dass eine Entfernung aus dem Dienst ausschließlich infolge einer individuellen gerichtlichen Entscheidung im Zuge eines Disziplinarverfahrens in Frage kommt: „Nachgewiesene Verfassungsfeindlichkeit ist ein Dienstvergehen, welches eine Entlassung rechtfertigt. Eine solche Maßnahme pauschal mit einem Gutachten zu einer Partei zu begründen, erscheint aber fragwürdig. Das Beamtenverhältnis ist in besonderer Weise geschützt – übrigens auch, um den demokratischen Rechtsstaat zu schützen.“

Ewald Linn, Landesvorsitzender des dbb Saar, betont in seiner Erklärung zur Sache zudem, dass sich Beamte nach herrschendem Dienstrecht natürlich privat politisch betätigen dürfen, dabei aber stets Mäßigung wahren müssen. Ein wesentlicher Aspekt des Berufsbeamten-tums ist dabei das uneingeschränkte Bekennt-

nis zur Verfassung, zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und zur politischen Treuepflicht.

Dietmar Knecht, Landesvorsitzender des dbb Mecklenburg Vorpommern, teilt die Bewertung der Sachlage, kritisiert aber eine Schiefelage in der medialen Diskussion: „Die bisherige Berichterstattung konzentriert sich stark auf die Polizei, was ein verzerrtes Bild erzeugen könnte: In Mecklenburg-Vorpommern gibt es rund 6.000 Polizeibeamtinnen und -beamte, doch zwischen 2019 und 2024 wurden lediglich 16 Verfahren vor den Disziplinarkammern in Mecklenburg-Vorpommern eröffnet. Darüber hinaus kann die Statistik des Justizministeriums nicht einmal klären, ob Extremismus überhaupt Gegenstand dieser Verfahren war.“

Details und ggf. weitere Stellungnahmen finden Sie auf den Websites der dbb Landesbünde und Fachgewerkschaften.

Neues Ministerium für Digitales und Staatsmodernisierung dbb-Chef Silberbach: „Wir brauchen dringend eine Trendwende“

Mit der Gründung des neuen Ministeriums setzt die Bundesregierung aus Sicht des dbb ein starkes Zeichen für die Zukunftsfähigkeit des Landes.

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach begrüßte am 7. Mai 2025, dass die Digitalisierung nun auf Bundesebene mit der notwendigen politischen Priorität versehen wird: „Digitalisierung und moderne, effiziente staatliche Strukturen sind kein Selbstzweck, sondern entscheidende Voraussetzungen für einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst, für Bürgernähe und Innovationsfähigkeit. Wir erwarten, dass mit der Gründung des neuen Bundesministeriums eine echte Trendwende eingeleitet wird.“ Die Digitalisierung eröffne die Möglichkeit, das Leistungsangebot für Bürgerinnen, Bürger und Wirtschaft sowie die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten zu verbessern. Silberbach weiter: „Eine leistungsfähige digitale Verwaltung stärkt das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates, ist ein entscheidender Standortfaktor und ein wichtiger Hebel für den Bürokratieabbau.“

Die Politik müsse bei diesem Vorhaben die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den Mittelpunkt stellen und einbeziehen. „Sie sind die eigentlichen Verwaltungsexperten und wissen genau, wo es bürokratischen Wildwuchs

gibt, welche Prozesse und Rahmenbedingungen verändert werden müssen“, erklärte Silberbach. Mit der digitalen Transformation verändern sich natürlich auch die Anforderungen an die Beschäftigten. „Die Digitalisierung der Verwaltung kann nur gelingen, wenn alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über entsprechende Kompetenzen und Qualifikationen verfügen“, betonte der dbb-Chef. „Das neue Ministerium für Digitales und Staatsmodernisierung sollte federführend für den Auf- und Ausbau der digitalen Kompetenzen verantwortlich sein und diese im Rahmen einer Weiterbildungsoffensive für die Beschäftigten vorantreiben.“

Zu den Rahmenbedingungen gehören auch notwendige Veränderungen in der föderalen Aufgabenverteilung. Im Koalitionsvertrag ist vorgesehen, dass der Bund im Bereich der Digitalisierung für ausgewählte Aufgaben mit hohem Standardisierungs- und Automatisierungspotenzial Vollzugsverantwortung übernimmt. Die dafür vorgesehene Grundgesetzänderung sollte schnellstmöglich und in enger Abstimmung mit den Bundesländern federführend durch das neue Ministerium vorangetrieben

werden. Zudem soll es sich innerhalb der Bundesregierung und gegenüber den Ländern für eine Stärkung des IT-Planungsrates einsetzen.

„Damit wird die Digitalisierung der Verwaltung deutlich schneller sowie bundesweit einheitlicher vorangetrieben“, sagte Silberbach.

Reformen im öffentlichen Dienst dbb jugend fordert Tempo von neuer Bundesregierung

Arbeitsformen modernisieren und Digitalisierung beschleunigen – das sind nur zwei Themen, bei denen der Staat liefern muss. Die Zeit drängt.

„Um die Zukunft der Arbeit im öffentlichen Dienst positiv zu gestalten, müssen wir in der Gegenwart die Weichen stellen“, sagte Mathäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend, am 7. Mai 2025 in Berlin. „Deshalb erwarte ich von der neuen Bundesregierung, dass sie die drängenden Probleme zügig anpackt. Das Vertrauen in den Staat schwindet, überall klaffen Personallücken und die Digitalisierung muss schneller voranschreiten. Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren!“

Konkret fordert die dbb jugend die flächendeckende Umsetzung moderner Arbeitsformen. Dazu gehören flache Hierarchien und Organisationsstrukturen, flexible Arbeitszeitmodelle und eine Agilitätsoffensive, die zum Beispiel eine bessere Zusammenarbeit zwischen Fachbereichen und Hierarchieebenen ermöglicht.

„Mehr Tempo machen muss der Staat auch bei der Digitalisierung“, unterstrich Fandrejewski. „Zum Beispiel sind bundeseinheitliche IT-Standards über alle Verwaltungsebenen hinweg unerlässlich. Der schnelle Zugriff auf Daten und Informationen ist essenziell, um Prozesse zu beschleunigen.“

Alle Forderungen zielen darauf ab, Fachkräfte zu gewinnen, ihre Zufriedenheit zu fördern und sie zu binden, damit der Staat seine Aufgaben effektiv erfüllen kann. Dies führt mittelfristig auch zu mehr Zufriedenheit bei den Bürger*innen, die einen besseren Service erhalten. Fandrejewski: „Wer in die Zukunft investiert, investiert auch in das Ansehen des Staates. Dieses zu verbessern, ist eine zentrale Herausforderung der kommenden Legislaturperiode.“

Fahrtüchtigkeit „Machen Sie Rückmeldefahrten!“

Die Zahl der Älteren, die an schweren Verkehrsunfällen beteiligt sind, steigt drastisch. Die dbb bundessenioren fordern einen verantwortungsvollen Blick auf das eigene Fahrvermögen.

„Die Zahl der bei Verkehrsunfällen Verletzten und Getöteten ist in den letzten zehn Jahren zurückgegangen; doch dieser Trend gilt nicht für Ältere. Uns als Seniorenorganisation bereitet das Sorge“, sagte Horst Günther Klitzing, Vorsitzender der dbb bundesseniorenvertretung am 6. Mai 2025.

Ende April hatte die Unfallforschung der Versicherer (UDV), Teil des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft, dramatische Zahlen zum Unfallgeschehen mit Älteren am Steuer veröffentlicht. Im Jahr 2023 waren rund ein Viertel mehr Senioren an schweren Unfällen beteiligt als vor zehn Jahren (plus 26 Prozent zwischen 2013 und 2023). Über-75-Jährige verursachten 77 Prozent dieser Unfälle.

Die Altersgruppe ist nun in rund jeden 15. schweren Unfall verwickelt, Tendenz weiter steigend. Damit ist sie, gemessen an ihrem Anteil in der Bevölkerung, zwar immer noch unterrepräsentiert – allerdings fährt der oder die Einzelne auch nicht so viele Kilometer pro Jahr. Lege man die Strecke zugrunde, so ermittelte der UVD, liege das Unfallrisiko für Senioren etwa so hoch wie bei Fahranfängern - und in besonders hohem Alter sogar darüber.

„Ältere Menschen sind zunehmend mobiler und das ist auch gut so. Die Fähigkeiten, wie etwa Seh- und Reaktionsvermögen, nehmen im Alter jedoch schleichend ab. Unser Aufruf an alle Seniorinnen und Senioren lautet deshalb: Machen Sie, insbesondere wenn Sie schon über 75 sind, regelmäßig freiwillige Rückmeldefahrten mit einem Profi, der Ihnen

sagt, worauf Sie beim Fahren besonders achten sollten“, fordert dbb Seniorenchef Klitzing.

Die Ergebnisse der Fahrten werden vertraulich behandelt und haben keine Folgen für den Führerschein.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Deutscher Philologenverband (DPhV)

Stärkere Beteiligung des Bundes bei Finanzierung für den Digitalpakt 2.0 gefordert

In einem offenen Brief an die neue Bundesbildungsministerin gratuliert der Deutsche Philologenverband (DPhV) Karin Prien am 7. Mai 2025 herzlich zum neuen Amt und erwartet gleichzeitig: „Der Bund sollte sich stärker als mit den bisher vorgesehenen 10 Prozent an der Finanzierung des Digitalpakts 2.0 beteiligen. Eine Orientierung an der Aufteilung der Kosten wie im Digitalpakt 1.0 – 50 Prozent tragen die Länder, 50 Prozent trägt der Bund – halten wir für angemessen“, so Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing, Bundesvorsitzende des DPhV.

„Auch die Stärkung des Bildungsföderalismus als wichtiges demokratieförderndes Prinzip ist gut, darf aber – am folgenden konkreten Beispiel gezeigt – nicht auf Kosten der Umsetzbarkeit bundesweit dringend benötigter Maßnahmen gehen. Wir begrüßen daher die geplante verpflichtende Teilnahme aller Vierjährigen an einer Diagnostik ihres Sprach- und Entwicklungsstandes, doch ohne anschließende verbindliche Fördermaßnahmen für die Stärkung der Schulfähigkeit der Kinder bleibt diese Maßnahme unvollständig. Gehen Sie hier stärker in die Verpflichtung, um sowohl Diagnostik als auch gezielte Fördermaßnahmen in den Ländern zu finanzieren und zu etablieren“, appelliert Lin-Klitzing an Prien. Zudem bedürfe es zusätzlich konsequenterer Förderung der Leistungseliten unter den Schülerinnen und Schülern.

So wie bei der geplanten Diagnose auf Schulfähigkeit der Vierjährigen verbindliche Fördermaßnahmen für die Schülerinnen und Schüler fehlen, fehle dies auch bei der angedachten Schüler-ID. Lin-Klitzing: „Nach den bekannten PISA-Ergebnissen sind wir überzeugt: Hier muss inhaltlich nachjustiert werden, um Programme und Mittel für zusätzliches Personal bereitzustellen, das Schülerinnen und Schüler mit indiziertem Förderbedarf fachkundig unterstützt. Eine vom Bund angestrebte datengestützte Schulentwicklung darf nicht zur Zusatzaufgabe für Lehrkräfte werden, die die notwendigen Ressourcen – wie Zeit für gute Unterrichtsvorbereitung und gute Unterrichtsqualität – gefährdet. Wir erwarten hier statt zusätzlicher Belastung Entlastung für Lehrkräfte und Schulleitungen.“

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

Zurückweisungen an der Grenze: 3.000 zusätzliche Tarifbeschäftigte nötig

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) sieht sich auf die von Bundesinnenminister Dobrindt angekündigten verstärkten Zurückweisungen an den Außengrenzen gut vorbereitet. Dennoch benötigt die Bundespolizei mehr Personal, um dauerhaft mehr Kontrollen durchzuführen.

„Die Bundespolizei ist auf den Migrationskurs der neuen Bundesregierung gut vorbereitet“, sagt der stellvertretende DPoIG-Bundesvorsitzende und Chef der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft Heiko Teggatz am 6. Mai 2025.

„An der praktischen Arbeit wird sich nicht viel ändern. Die Bundespolizei wird weiter mobil, stationär und verdeckt kontrollieren. Dazu kommen jetzt weitere Befugnisse, die es erlauben, Migranten, die aus einem sicheren EU-Land nach Deutschland wollen, die Einreise zu

verweigern. Diese Aufgabe kann aber dauerhaft nicht ohne zusätzliches Personal erfüllt werden. Deshalb benötigen wir rund 3.000 zu-

sätzliche Tarifbeschäftigte, die bei vollzugsfremden Aufgaben, z.B. in der Sachbearbeitung, aushelfen könnten, so Teggatz, der auch dbb-Vize ist.

Termine:

15. Mai 2025

19. Frauenpolitische Fachtagung

„Richtung Zukunft: Frauenrechte stärken und Demokratie bewahren im Kampf gegen Extremismus und Populismus“

Weitere Informationen unter www.dbb-frauen.de

2. Juni 2025

dbb Verkehrstag 2025

„Ausgebremste Wirtschaft, abgehangene Menschen – wie Deutschland wieder in Bewegung kommt“

Weitere Informationen unter www.dbb.de